

**DAS
FREIE
FORUM**

S 205 66F
ISSN 1432-0223

INFORMATIONSDIENST

MITTEILUNGSBLATT DER GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK E. V.

Nummer 3

63. Jahrgang

Juli/August/September 2023

Erfolgreiche Tagung

Der diesjährige GfP-Kongreß fand abermals im grünen Herzen Deutschlands, in Thüringen, statt. Aufgrund der knappen Einladungsfrist, die vor allem wegen kurzfristiger Absagen von Referenten und damit verbundener Zusatzrecherche entstanden war, lag die Besucherzahl diesmal niedriger als im Vorjahr. Dank der gastfreundlichen Herberge, die für eine tadellose Bewirtung sorgte, fühlten sich alle Gäste wohl und willkommen.

Nach der Mitgliederversammlung am Freitagabend, bei der u.a. der Rechenschaftsbericht des Vorsitzenden sowie der Kassenbericht des Schatzmeisters verlesen wurden, fand der gemütliche Ausklang des Abends statt, wobei die Gäste aufgrund des warmen Wetters auch im Außenbereich sitzen konnten – und zwar bis weit nach Mitternacht.

Der Kongreß wurde am Samstagvormittag durch den Vorsitzenden eröffnet. Das Generalthema der diesjährigen Tagung lautete: »1848, 1953, 1989 – 175 Jahre Kampf um Deutschlands Freiheit«. Nach Begrüßung und einleitenden Worten übergab er das Mikrophon an den ersten Redner, den Rechtsanwalt und Buchautor Klaus Kunze. Dieser zeigte sich erfreut, nach 1996 wieder bei der GfP sprechen zu dürfen. Das Thema des Referates trug den Titel: »Ideologische Homogenisierung und Repression als Herrschaftsinstrumente«. Hierzu stellte er in bezug auf die revolutionären Umbruchjahre 1848, 1953 und 1989 einleitend fest:

»Jene historischen Jahre markieren wiederkehrende politische Umbrüche. Man stellte alte Strukturen in Frage und suchte Neuerungen durchzusetzen. Dem stemmten sich die Machthaber und Nutznießer der alten Strukturen entgegen. Ein bewährtes Instrument, das Neue aufzuhalten und Reformer niederzuhalten, war seit den Zeiten der kirchlichen Zensur die Herrschaft über die Publizistik.«

Kunze verwies sodann auf Artikel 5 des Grundgesetzes, der besagt, daß in der BRD keine Zensur stattfindet. Dazu konkretisierte er:

»Es gibt keine staatliche Vorzensur. Ist etwas einmal publiziert, darf durchaus staatlich verfolgt werden. Es darf zum Beispiel der freie Vertrieb durch Gesetze eingeschränkt werden, die angeblich dem Schutz der Jugend dienen, und es darf

strafrechtlich verfolgt werden, wer etwas angeblich dem Strafgesetz zuwider publiziert. Die strafrechtlichen Verbote vermehren sich wie die Kaninchen und sind in ihren jeweiligen Konsequenzen für den juristischen Laien nicht mehr vorhersehbar. Das gilt insbesondere für politisch motivierte Beleidigungs- und Verleumdungsdelikte sowie die sogenannte Volksverhetzung, deren Anwendungsbereich immer weiter ausgedehnt wurde. In der DDR hieß sie staatsfeindliche Hetze. Heute wissen Autoren und Verleger oft nicht mehr, was noch straflos geschrieben werden darf, und müssen vor einer kritischen Publikation vorsichtshalber Strafrechtsexperten zu Rate ziehen.«

VS-Kampfbegriff »Delegitimierung des Staates«

Als neue Waffe des Staates, insbesondere des Verfassungsschutzes (VS), der weniger die Verfassung als vielmehr die Macht der Herrschenden schützt, erwähnte Kunze auch den Begriff der »Delegitimierung des Staates«. Denn damit werden



Klaus Kunze

Kritiker der Regierenden diffamiert und unter Extremismusverdacht gestellt. Diese Vorgangsweise der staatlichen Gesinnungswächter zielt darauf ab, die freie Diskussion absterben zu lassen und »mehr Seifenblasen statt Argumente« abzusondern. Hierbei zitierte er abschließend den französischen Kritiker Auguste Romieu, der sagte: »So lange, bis der Mensch seine Natur verändert, muß sich die Gewalt stets gegen die Diskussion auflehnen, wenn die Gewalt groß und die Rede klein ist.« Kunze schloß mit den Worten: »Wir sollten darum immer die Überzeugungskraft der Rede großhalten, wenn wir in gewaltsamen Kampfformen nicht unsere Chance sehen und auch keine Lust auf sie haben.«

Aufgrund des kurzfristigen Ausfalls des angekündigten Redners aus Österreich, der wegen familiärer Probleme verhindert war, hielt Klaus Kunze einen weiteren Vortrag, und zwar zum Thema »Staatsfeind Liberalismus«. So heißt übrigens der Titel seines vor ein paar Jahren im Lindendruck Verlag (S. Bublies) erschienenen Buches. Zunächst schilderte er die Wirtschaft im Mittelalter und das Aufkommen des Frühliberalismus im Zusammenhang mit der Emanzipierung des Bürgertums. Dann deckte er die Mechanismen des Neoliberalismus auf, die die Völker, Kulturen und Staaten zersetzen und die Welt als ausgeplünderten Planeten zurücklassen. Der Liberalismus ist das Hauptcharakteristikum der Moderne, bedeutet die Herrschaft des Gleichen. Die moderne Gesellschaft stelle keine Pyramide mehr, keine Hierarchie mehr dar, sondern eine Kugel, bei der jeder Teil des Ganzen unverzichtbar sei. Die Bedeutung des Bösewichts Staat müsse aus liberalistischer Sicht möglichst eingeschränkt werden. Das Individuum sei alles, das Volk sei nichts. Ziel sei eine Massengesellschaft, eine Masse von Individuen, die massenhaft Güter produzieren und auch verbrauchen. Daher spielten die Umverteilung und die soziale Alimentierung eine immer größere Rolle. Alle Menschen, ob braun, gelb oder schwarz, sind wie identische Legosteine, mit denen sich irgendetwas bauen läßt. Es gebe keine substanzielle Verschiedenheit mehr.

Alle Individuen bauen auf Geldverdienen und der Befriedigung erzeugter hedonistischer Gelüste. Es gebe keine soziale Ordnung mehr mit Rechten und Pflichten. Die gesellschaftlichen Kräfte aus *Facebook & Co.* sowie die Großkonzerne würden die Spielregeln diktieren. Damit beantwortete Kunze die Frage, wem das Ganze nütze. Der Liberalismus ist nicht nur Staats-, sondern auch Volksfeind.

Wo bleibt die Mitbestimmung des Volkes?

Nach der Mittagspause ergriff der Politiker und Publizist Sascha Roßmüller das Wort. Das Thema seines Vortrags lautete: »Gestaltung statt Gleichschaltung – oder: Die politische Gretchenfrage: Wie hältst Du's mit der Freiheit?« Er knüpfte dabei an die Thematik seines Vorredners an, der sich mit der Redefreiheit und den Aufgaben des Staates auseinandergesetzt hatte. Es sei nötig, sich damit zu befassen,



Sascha Roßmüller

»weil wir zunehmend einem sich therapeutisch verstehenden Bevormundungsstaat ausgesetzt sind, der überdies vorsätzlich die demokratische Legitimationskette kappt, indem er ohne Mandat des Souveräns wesentliche Kernkompetenzen an nicht-gewählte supranationale Institutionen abtritt, die zudem teils fragwürdige Partikularinteressen von Privatorganisationen vertreten. Als aktuelles Beispiel mag hierfür nur der WHO-Pandemievertrag herangezogen werden«.

Auch Roßmüller geißelte das Übel des Liberalismus – aber nicht in der Form, wie ihn die Vordenker des 18. und 19. Jahrhunderts vor Augen hatten, nämlich einfach als Gleichberechtigung vernunftbegabter Bürger, sondern in Gestalt des »woken Liberalismus« der heutigen Gutmenschen. So spottete der Redner: »Heute, nachdem man sich nicht nur angewöhnt hat, Rechte losgelöst von Leistungen und Pflichten zu gewähren, sondern sich sogar als Hund oder Katze zu identifizieren, warte ich nur noch darauf, daß im Namen der Inklusion auch noch der Goldfisch gleichberechtigten Zugang zum gymnasialen Regelunterricht erhält.«

Und über den traurigen Alltag im Mitteleuropa witzelte Roßmüller wie folgt:

»Für die Luxuspflege eines progressiven Minderheitenfetischismus behauptet man institutionalisierte ›-Ismen‹ und ›-Phobien‹, wobei man sich zumeist einer eingebildeten Lufthoheit über die Geschichte bedient. Wenn sich ein Schwarzer heute mit dem Fahrrad einen Platten fährt, ist ja auch der europäische Kolonialismus daran schuld. Dies geht so weit, daß mittels therapeutischer Trainingseinheiten in gesellschaftsrelevanten Einrichtungen und sogar Konzernen die entsprechenden Devotionsrituale eingeübt werden, um der indigenen Bevölkerung – dies sind laut Merkel ›die, die schon länger hier leben‹ – zielsicher helotenhafes Verhalten gegenüber den profitierenden Opfergruppen beizubringen.« Seine gehaltvollen Ausführungen beendete der Referent mit den Worten Nietzsches: »Freiheit ist der Wille, Verantwortung für uns selbst zu übernehmen.«

FPÖ-Hoffnungsträger: Haider – Strache – Kickl

Auf Grund des Ausfalls eines weiteren Redners hielt der GfP-Vorsitzende spontan einen Vortrag zur Bedeutung der FPÖ in Österreich. Hierbei blickte er auf die letzten Jahrzehnte zurück und beschrieb das Auf und Ab dieser einst traditionell kleinen nationalliberalen Partei. Die Wende sei 1986 mit der Übernahme der Obmannschaft durch den jungen Jörg Haider gekommen, die der Partei einen fulminanten Aufstieg bescherte. Es folgten dann – nach Erreichen des zweiten Platzes mit 26,91 Prozent bei den Nationalratswahlen des Jahres 1999 – der Einstieg in die Regierung Wolfgang Schüssel (ÖVP) und der Absturz nach gut zweieinhalb Jahren. Ähnliches habe sich mit dem zweiten Hoffnungsträger, dem Wiener Heinz-Christian Strache, abgespielt. Auch er brachte die FPÖ wieder nach oben und 2017 in eine erneute Regierungsbeteiligung mit der ÖVP, diesmal unter dem jungen Bundeskanzler Sebastian Kurz. Bereits nach anderthalb Jahren zerstörte die Ibiza-Affäre im Mai 2019 nicht nur die ambitionierten Träume der blauen Ministerriege, sondern auch die Ära Strache. Und nun ist es der einstige Redenschreiber Haiders und Straches, der Kärntner Herbert Kickl, der die FPÖ in schwindelerregende Höhen bringt. Denn gegenwärtig liegt die freiheitliche Kraft mit 32 Prozent in Umfragen stolze zehn Prozent vor der zweitplazierten ÖVP! Doch einen Kanzler Kickl lehnen alle Parlamentsparteien – derzeit jedenfalls noch – kategorisch ab!

Die für den Vormittag angesetzte Bücherschau wurde auf den Spätnachmittag verlegt. Hierbei stellte Frau Nickel einige Neuerscheinungen vor, und zwar nicht nur solche aus dem eigenen Klosterhausverlag. Der Abend endete in gemütlichem Beisammensein bei ausgiebigen Gesprächen, mit deutschem Liederklang und selbstgebrautem Bier des Wirtes.

Deutscher Freiheitskampf



Dirk Pott

Den Auftakt zum Vortragsreigen am Sonntag machte der langjährige ehrenamtliche Vertriebenenmandatar Dirk Pott, der Abkömmling deutscher Heimatvertriebener aus Hinterpommern ist. Er sprach zum Thema: »1919–1921: Der Selbstbestimmungskampf des Grenzlanddeutschtums im Osten«. Hierbei zeigte er sowohl den Abwehrkampf der Kärntner im Süden ihres Bundeslandes gegen südslawische Verbände auf als auch den der Schlesier gegen polnische Insurgenten. Aber auch weitere Aktivitäten deutscher Patrioten an den Rändern des Reiches, insbesondere im Osten, zählte Pott auf.

Huttenpreis für Dr. Gert Sudholt

Nach diesem geschichtlichen Rückblick erfolgte die Verleihung der Ulrich-von-Hutten-Medaille. Damit ausgezeichnet wurde der Verleger Dr. Gert Sudholt. Dem promovierten Historiker, der bereits sechs Jahrzehnte publizistisch aktiv ist und dessen Stiefvater Helmut Sündermann vor einem halben Jahrhundert den Huttenpreis bekommen hatte, erhielt die höchste Auszeichnung der GfP – Urkunde und Medaille – aus den Händen des Vorsitzenden. Die Laudatio auf den Preisträger hielt Schatzmeister Wolf Lehner, der Dr. Sudholt schon seit vielen Jahren freundschaftlich verbunden ist. Mit seinen



Links: Wolf Lehner; rechts Huttenpreisträger Dr. Gert Sudholt mit GfP-Vorsitzendem Dr. Martin Pfeiffer

launigen, teils erheiternden Ausführungen über seine Erlebnisse mit dem Preisträger zeigte er – neben den großen Verdiensten des südbayerischen Verlegers um die GfP, deren Vorsitzender dieser lange Zeit war – das facettenreiche Wirken des nach wie vor publizistisch aktiven Achtzigers auf.

Dr. Sudholt antwortete nicht direkt auf die Laudatio, sondern trug einen langen Text zum Thema »Ist Deutschland ein souveräner Staat?« vor. Für geschichtsbelesene und -interessierte Leute ein dankbares Thema. Sudholt bot insgesamt eine gute Materialsammlung, so Schäubles Ausspruch aus dem Jahr 2011 vor Gästen aus der Bankwirtschaft: »Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen!« Oder die Behauptung von B. Obama im Dezember 2013: »Deutschland ist ein besetztes Land und wird es bleiben!« Zunächst befaßte sich Gert Sudholt mit der für jeden Natrionalen entscheidenden Frage, ob das Deutsche Reich fortexistiere. Und nachdem er nachgewiesen hatte, dass das Grundgesetz von 1949 zahlreiche Elemente der Weimarer Verfassung übernommen hat, zeigte er sich kategorisch: »Die BRD ist nicht die Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reichs«, letzteres existiere nach wie vor fort. Dann untersuchte er den sogenannten Überleitungsvertrag aus dem Jahr 1952, der die Souveränität Deutschland entscheidend beschnitten habe. Außerdem prangerte er die weiterhin gültigen Feindstaatenklauseln der UN-Charta an, in denen die Bundesrepublik als Feindstaat geführt wird. Mit dem Beitritt der BRD zur NATO 1955 hätte Deutschland wieder souverän sein können. Das sei aber nicht erfolgt. Und der Preisträger beantwortete die grundsätzliche Frage: »Was ist überhaupt souverän?« In seinen weiteren Ausführungen kam dem Zusatzabkommen im Zwei- + Vier-Vertrag von 1990, der kein Friedensvertrag sei, eine besondere Bedeutung zu. Deutschland habe die Grenzen zu Polen bestätigt, aber nicht anerkannt.

Der Kongreß endete traditionell mit dem Lied der Deutschen. Die GfP-Tagung 2024 wird an gleicher Stelle, aber einen Monat früher stattfinden, vom 30. August bis 1. September 2024. ■

Was wird aus der Brandmauer?

Haben die letztlich doch mehr oder weniger erwarteten Wahlergebnisse in Hessen und Bayern ein mögliches Umdenken beim Umgang mit der AfD eingeleitet oder wenigstens ein solches mögliches angedeutet? Bislang wohl nicht. Die wohl wichtigste Lehre aus den Landtagswahlen ist, daß die etablierten Parteien aus den für sie zum Teil vernichtenden Wahlergebnissen keine Lehre gezogen haben. Die Wahlen in Hessen und Bayern haben eine grobe Fehleinschätzung seitens der etablierten Parteien und der politischen Beobachter und ›Experten‹ an den Tag gelegt: Man glaubte bislang, daß der massive, nahezu unaufhaltsame Zuspruch der letzten Monate zugunsten der AfD auf die neue Bundesländer begrenzt sei. Nun haben die Wahlergebnisse in Hessen und Bayern (24 Prozent für die AfD in Günzburg, 27,2 Prozent im hessischen Wahlkreis Wetterau II) viele ›Experten‹ eines Besseren belehrt und für ein untrügliches Korrektiv gesorgt – nun triumphiert die Alternative für Deutschland auch im Westen.

Die im Vorfeld der Wahlen, vor allem in den Medien, nahezu litaniehafte Wiederholung, daß die AfD vom Verfassungsschutz als rechtsextremer Verdachtsfall behandelt wird, wirkte offenbar nicht mehr – und damit der Versuch der moralischen Erpressung durch eine inzwischen klare Minderheit der Gesamtbevölkerung. In Bayern und in Hessen stimmten 80 Prozent der Befragten bezeichnenderweise der Aussage zu: »Es ist mir egal, daß sie in Teilen als rechtsextrem gilt, solange sie die richtigen Themen anspricht.« Die AfD ist inzwischen auch im Westen so stark, weil sie die einzige fundamentale Opposition ist. Das wollen die anderen Parteien partout nicht (ein)sehen. Beispielhaft und stellvertretend für die stereotype Verteufelung der AfD sei die skandalöse Aussage des SPD-Bundestagsabgeordneten Josip Juratovic Mitte Juli bei einer Podiumsdiskussion in Heilbronn genannt: »Die gleichen Wähler, die heute AfD wählen, hätten damals NSDAP gewählt.«

Und nun wirft das ominöse Wahljahr 2024 bereits seine Schatten voraus: Kommunalwahlen (etwa in Baden-Württemberg) und Europawahlen Anfang Juni, Landtagswahlen im Herbst in Sachsen, Thüringen und Brandenburg, bei denen die AfD aller Voraussicht nach stärkste politische Kraft sein und nach allen Regeln der Demokratie auch einen Regierungsauftrag erhalten werde. Ein Jahr ist schnell vorüber; was passiert dann? Wie wollen die anderen Parteien, wenn überhaupt, gegensteuern?

Mitte Oktober meldete sich Alt-Bundespräsident Gauck wieder mal vom politischen Dachboden und wartete mit einer simplen Lösung auf: »ein Allparteien-Bündnis gegen die AfD« mit der ebenso simplen Begründung: »Wir müssen bei dieser AfD schon das klare Signal aussenden: Die kommen *nie* an die Macht! Hier muß sich die liberale Demokratie als wehrhaft erweisen!« Für Stephan Brandner, den stellvertretenden AfD-Bundessprecher, zeige sich Gauck mit einer solchen Äußerung als Gegner der Demokratie, der aus der DDR-Geschichte nichts gelernt habe: »Wer dazu aufruft, die Alternative für Deutschland systematisch auszu-

grenzen und einen Allparteienblock gegen uns schmieden will, grenzt Millionen Menschen aus. Ein solches Verhalten ist an sich schon mehr als undemokratisch und für einen ehemaligen Bundespräsidenten eigentlich undenkbar.«

Gauk steht leider nicht allein da. Die etablierten Parteien haben gleich nach dem 8. Oktober einmütig bekundet, daß sie nicht gewillt sind und sein werden, auf den eindeutigen Wählerwillen zu reagieren, und statt dessen mit allen Mitteln die AfD, und damit ihre Wählerinnen und Wähler, parlamentarisch auszugrenzen gedenken. Was sie übersehen: Wer eine solche Politik anstrebt und betreibt, schadet der Demokratie und früher oder später auch sich selbst. Der Freiburger Politikwissenschaftler und Vorsitzende der Deutschen Gesellschaft für Politikwissenschaft, Uwe Wagschal, ist der einzige, der unter Extrembedingungen eine Regierungseteiligung der AfD nicht ausschließt: Sollten gleich mehrere Parteien wie Grüne, FDP und SPD etwa in Sachsen an der Fünf-Prozent-Hürde scheitern (in Umfragen momentan bei 5 bis 7 Prozent) und gleichzeitig CDU (zuletzt 29) und Linke (9) zusammen weniger Sitze erringen als die AfD (zuletzt 35), dann könnten sie im Landtag die Wahl eines AfD-Ministerpräsidenten nicht verhindern. Wagschal verweist auf die Landesverfassungen: Wenn ein vorgeschlagener Kandidat für das Amt des Ministerpräsidenten keine absolute Mehrheit erreicht, kann der Regierungschef in folgenden Wahlgängen auch mit einfacher Mehrheit gewählt werden.

Hendrik Wüst, »das Chamäleon der CDU« (*Neue Zürcher Zeitung*), macht aus seinen Kanzler-Ambitionen kein Hehl und hetzt mit einer umwerfenden »Argumentation« gegen die AfD: Nach den starken Zugewinnen der AfD in Hessen und Bayern hat sich der Ministerpräsident Nordrhein-Westfalens »erschüttert« gezeigt. Den politischen Gegner nannte er eine »Nazi-Partei«, die man nicht wählen dürfe. »Wenn die prägende Figur einer Partei Nazi ist, dann ist das eine Nazi-Partei.« Dabei bezog er sich auf ein Interview Björn Höckes mit dem MDR im Sommer. Die Wochenzeitung *Junge Freiheit* hat für eine H. Wüst bloßlegende Richtigstellung (11.10.23) gesorgt: Im besagten Interview hatte Höcke unter anderem gesagt: »Wir müssen das Bildungssystem auch befreien von Ideologieprojekten, beispielsweise der Inklusion, beispielsweise auch dem Gender-Mainstream-Ansatz. . . Alles das sind Projekte, die unsere Schüler nicht weiterbringen, die unsere Kinder nicht leistungsfähiger machen und die nicht dazu führen, daß wir aus unseren Kindern und Jugendlichen die Fachkräfte der Zukunft machen.« Mehr nicht. Die Kritik an der Inklusion ist allerdings nicht neu. Aufgrund des Lehrermangels und der immer weiter absinkenden Leistungen der Schüler in Deutschland in internationalen Vergleichen fordern mehrere Bildungsexperten, den gemeinsamen Unterricht zu beenden. ■



Kreuzzug gegen Andersdenkende

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz (DBK), Bischof Georg **Bätzing** (oben), hat die Menschen aufgefordert, gegen die AfD aufzustehen! Ziel der AfD sei ein »ein fremdenfeindliches und antieuropäisches Land«! (25.9.2023)

Der Grünen-Politiker Anton **Hoffreiter** sprach sich am 26.9.2023 in einem Interview mit der Funke-Mediengruppe dafür aus, »sämtliche Mitglieder der AfD aus dem Staatsdienst zu entfernen«: Da die AfD vom Verfassungsschutz beobachtet werde, »haben AfD-Mitglieder im Staatsapparat nichts zu suchen«.

SWP – Sahra Wagenknecht Partei

Das deutsche Parteiensystem steht vor einem radikalen Wandel, weil die BRD sich in einem radikalen Wandel befindet. 33 Jahre nach der Wiedervereinigung befindet sich die BRD in einer »Zeitenwende«. Die USA haben ihre Verbündeten in den Ukrainekrieg geschickt, der für den Westen gerade verlorengeht. Es gelang den USA und ihren Freunden in Europa, die lebensnotwendigen Beziehungen zu Russland zu zerstören und Deutschland auch in eine Konfrontationspolitik gegen China zu hetzen. Damit Deutschland in große Energieschwierigkeiten gerät, haben böse Freunde Deutschlands die Pipelines Nordstream 1 und 2 zerstört bzw. beschädigt. Wer das tat, hat Deutschland faktisch den Krieg erklärt. Außerdem ist Deutschland mit einer seit Jahrzehnten immer saubereren Industrie, Verkehr und Gebäudeheizung mit der Ideologie des allein menschengemachten Klimawandels zur weiteren extremen Veränderungen der Zivilisation gezwungen worden, die volkswirtschaftlich ruinös wirken. Seit den 1990er Jahren, seit der Beseitigung der gesamtnationalen Wächterfunktion der DDR, hat der angelsächsische Exzeßkapitalismus freie Fahrt. Die DDR hat seit den 1950er Jahren die BRD-Entwicklungen beobachtet und vor den Folgen gewarnt. Damit konnten die BRD-Eliten nur mit angezogener Handbremse ihre Politik durchziehen.

Ab 1990 war freie Fahrt. Wir haben seither eine Kombination von kosmopolitischem Neoliberalismus und kosmopolitischem Linksliberalismus. Beide stammten in der aktuellen Form aus den USA. Der heutige Linksliberalismus, der vor allem von Akademikern aus den Nicht-MINT-Berufen vertreten wird, ist eng mit dem Neoliberalismus verbunden. Neoliberalismus und Linksliberalismus sind zwei Seiten einer Medaille. Nancy Faeser nennt den heutigen Wirtschaftsliberalismus »progressiven Neoliberalismus«. So werden zum Beispiel die sozialen Verwüstungen, die durch den Freihandel und das »globale Renditestreben« entstanden sind, mit dem linksliberalen Argument der Weltoffenheit gerechtfertigt, wohingegen staatliche Maßnahmen zum Schutz der heimischen Arbeitsplätze und sozialen Sicherungen als vermeintlich »nationalistisch« und »wohlstandschauvinistisch« abgewertet werden. Der Linksliberalismus hat die wirtschaftsliberalen Ideen neu verpackt: So wurde aus Egoismus Selbstverwirklichung, aus Flexibilisierung Chancenvielfalt, aus zerstörten Sicherheiten Abschied von Normalität und Konformität, aus Globalisierung Weltoffenheit und aus Verantwortungslosigkeit gegenüber den Menschen im eigenen Land Weltbürgertum.

Die linksliberalen Parteien, vor allem die Grünen, die SPD und die Linke, haben sich einen Status erarbeitet, von dem der deutsche Bürger sagen kann: »Der Feind steht im eigenen Land!« Deshalb schreien die Verhältnisse nach neuen Parteien. Die »Freien Bürger« und die AfD sind der Anfang. Nun geistert die Idee, daß Sahra Wagenknecht nun auch eine neue Partei gründen sollte oder wolle. »Noch wissen wir nicht, wie die Partei wirklich heißen wird, der Dr. Sahra Wagenknecht vorstehen will. Sie selbst ist keine große Organisatorin, sondern der Geist, der jetzt seine eigene Partei haben will oder wo andere meinen, sie sollte jetzt eine eigene Partei haben.« Ihr Vorname Sahra leitet sich von der Prophetentochter Fatima her, die im

Der neu gegründete Verein ›SW – Für Vernunft und Gerechtigkeit e.V.‹ wird als Vorbereitung zur Gründung einer Partei gewertet, die wohl eine Systempartei sein wird.



schittischen Islam den Beinamen die ›Strahlende‹ hatte. Ihr Vater war schließlich Iraner, der in Westberlin studiert hatte. Der verschwand, und Sahra will bis heute nichts über sein Schicksal wissen. Frau Wagenknecht legt Wert aufs Strahlen und auch auf Wohlstand. Durch ihre Bücher, Abgeordnetenmandate und Auftritte ist sie Millionärin geworden. Allein im Jahr 2022 hat sie neben ihren Abgeordneten-einkünften über 750 000 Euro allein an Buch- und Redehonoraren eingenommen. Richtig glücklich ist diese Frau aber nicht. Sie hat keine Kinder. Also versucht sie, nach außen zu leben und Anerkennung zu gewinnen. Sie hat die besten Voraussetzungen dazu. Ihre Inselbegabung für Sprache, Philosophie und generell Wissenschaft, an der sie seit der DDR-Zeit arbeitet und die Bereitschaft, dieses Talent in die Politik einzubringen, macht sie für Freund und Feind interessant. Jetzt hat sie auch einen Mann, Oskar Lafontaine, der ihr väterlicher Freund ist und wo sie sich nach des Tages Mühen fallen lassen kann.

Jetzt scheint sie nach ihrem Burnout wieder so weit auf dem Damm zu sein, daß sie einer Partei vorstehen will, die sie uneingeschränkt anerkennt und nicht mit fiesen Spielchen piesackt. Es ist auch die Zeit für eine Partei gekommen, die politische Brände löschen kann. Sahra Wagenknecht hat noch einen kleinen Parfümgeruch als Kommunistin. Das sollte man nicht ernst nehmen, denn sie ist keine. Sie hat Marx nur gelesen und weiß, daß Profitwirtschaft und Ausbeutung einfach zum Kapitalismus gehören. Das will sie auch nicht abschaffen. Sie verehrt den einst Ultraneoliberalen Ludwig Erhardt, der die Währungsreform vom 20. Juni 1948 mit einem Lohnstopp und einer Freigabe der Preise verband. Die Riesendemonstrationen und insbesondere der Generalstreik vom 12. November 1948 mit 9,25 Million Streikenden (von 12 Million Beschäftigten), ebenso die Zusammenknüpfung von über 30.000 Demonstranten in Stuttgart am 28. Oktober 1948 durch die US-Militärpolizei mit Panzern und Tränengas und einer mit Gummiknüppeln schlagenden Polizei schossen Ludwig Erhardt in die Glieder und brachten ihn zum Nachdenken. Er griff in die Bücherkiste und fand von Müller-Armack das nur in 200er Auflage 1947 erschienene Büchlein *Wirtschaftslenkung und Marktwirtschaft*. Das Wort von der »Sozialen Marktwirtschaft« übernahm er und posaunte dies als seine Idee heraus. 1957 schrieb er sogar dazu: »Wohlstand für Alle!« Sahra Wagenknecht verehrt ihn. Sie will die Soziale Marktwirtschaft wieder herstellen. Soziale Marktwirtschaft heißt bei ihr, den Reichen soll es weiter gut gehen, und den anderen soll es aber auch gut gehen. Natürlich soll es der betuchten Sahra Wagenknecht auch weiter sehr gut gehen, und das Leben dieser Frau möchte weiter im Rampenlicht verlaufen. Die Partei von Wagenknecht wird wieder eine Systempartei werden, und ihre erste Funktion wird sein, den Einfluß der AfD zurückzudrängen. Sie bietet einen neuen Aufbruch in die politische Illusion. Das kann eine Weile klappen. Niemand möge sie für eine Marxistin halten, sie ist nur marxistisch qualifiziert, freilich etwas mehr als Angela Merkel. ■ SiegfriedOsten

Totaler Überwachungsstaat nimmt weitere Formen an:

Derzeit wird in den Gremien des Bundestages ein neues Paßgesetz erarbeitet. Nachdem in der jüngeren Vergangenheit immer wieder politisch »mißliebige Personen« die Bundesrepublik nicht verlassen durften, um im Ausland an politischen Veranstaltungen teilzunehmen, planen die Ampel-Parteien den nächsten Schritt: Regierungsgegner soll pauschal der Reisepaß entzogen (bzw. gar nicht erst ausgestellt) werden, wenn der Verdacht besteht, sie könnten im Ausland an Veranstaltungen teilnehmen, die im »Widerspruch zu den Grundsätzen der freiheitlich demokratischen Grundordnung« stehen. Man ist an die Gesetzgebung aus ehemaligen kommunistischen Diktaturen erinnert.

Quelle: u.a. *Unser Mitteleuropa*, 18.7.2023

Erneuter Schlag gegen die Meinungsfreiheit

Das Saarland will stärker gegen rassistische Formulierungen vorgehen. Das hat auch Konsequenzen für die Verfassung des Landes: Die Verfassung des Saarlandes kennt künftig keine »Rasse« mehr. Dies sieht eine von insgesamt drei Verfassungsänderungen vor, die das Landesparlament Mitte Juli erster Lesung auf den Weg gebracht hat. Mit den beiden anderen Änderungen werden die Nachhaltigkeit und die Förderung des Ehrenamtes zu Staatszielen erklärt. Die Änderungen wurden mit der Mehrheit der regierenden SPD und der oppositionellen CDU an den Verfassungsausschuß überwiesen. An der späteren Zustimmung mit einer Zweidrittel-Mehrheit besteht deshalb kein ernsthafter Zweifel.

Bisher besagt Artikel 12 der Verfassung unter anderem, daß niemand wegen »seiner Rasse« benachteiligt oder bevorzugt werden dürfe. Künftig soll der entsprechende Satz lauten: "Niemand darf wegen seines Geschlechts, seiner Abstammung, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen, seiner sexuellen Identität oder aus rassistischen Gründen benachteiligt oder bevorzugt werden.« In der Begründung dazu heißt es, die Verwendung des Begriffs der »Rasse« könne den Eindruck erwecken, dass unterschiedliche biologische »Menschenrassen« existierten. Dies sei »fachlich falsch und entstammt einer Ideologie, die wir als weltoffene, zugewandte, saarländische Gesellschaft nicht tolerieren«.

»Diese Idee der Menschenrassen ist Unsinn, sie ist fachlich falsch. Sie findet sich aber trotzdem hartnäckig in rassistischen Theorien und leider auch in den Köpfen von viel zu vielen Menschen«, meinte die Abgeordnete Kira Braun (SPD). »Wir gehen heute einen wichtigen, aber auch einen überfälligen Schritt, um unsere Verfassung auf die /Höhe der Zeit zu bringen.«

Der Abgeordnete Roland Theis (CDU) sagte, die Idee, Menschen in Kategorien einteilen zu können und die Zuschreibung unterschiedlicher Wertigkeiten sei gefährlich: »Sie tötet und sie hat viel Leid und Unheil nicht nur in unserem Land gebracht.« Eine Änderung auf Bundesebene ist bisher aber daran gescheitert, daß sich die Parteien nicht auf eine gleichwertige Formulierung einigen konnten. Anfang 2023 hatte Hamburg den Begriff der »Rasse« im Landesrecht ersetzt.

Der Vorsitzende der dreiköpfigen AfD-Fraktion, Josef Dörr, begründete die Ablehnung der Verfassungsänderung unter anderem so: »Wie kann man rassistische Gründe haben, wenn es gar keine Rasse gibt?« Ob der Begriff »Rasse« unwissenschaftlich ist, meinte Josef Dörr, müßte geklärt werden. ■

Die Krisenjahre 1923 und 2023. Ein Vergleich

Ohne Kenntnis der Geschichte und ohne Analyse der waltenden Interessen ist man gegenwarts- und zukunftsblind. Das gilt schon immer, also auch heute. Vor 100 Jahren war die Welt auch nicht in Ordnung. Wir waren in der Nachkriegszeit des Ersten Weltkrieges, die zugleich vom Wetterleuchten eines neuen Weltkrieges gezeichnet war. Ein Zweiter Weltkrieg war absehbar. Kundige sprechen über die Zeit von 1914 bis 1945 auch vom 2. Dreißigjährigen Krieg gegen Deutschland. Nach dem Ende des Ersten Weltkrieges brach eine Zeit der kleinen Kriege in Osteuropa aus, weil die Grenzverschiebungen durch die Pariser Vorortverträge alte nationale Konflikte neu belebt hatten. Überall nahm der Nationalismus kriegerische Formen an. Churchill kommentierte diese Zeit herablassend: »Der Krieg der Giganten ist zu Ende, der Hader der Pygmäen hat begonnen.« Deutschland lag im Jahr 1923 völlig am Boden und konnte sich an den kriegerischen Spielchen nach außen nicht beteiligen.

Das Deutschland des Jahres 2023 ist auch in keiner guten Verfassung, es will aber Russland ruinieren und ist laut der hebefahrenen Außenministerin im Krieg mit Russland. Die Zeit, in der wir uns befinden, ist laut der die USA ideologisch führenden Neokonservativen: »Ewiger Krieg für ewigen Frieden«. Und wir sind dabei, koste es, was es wolle. Gabor Steingart schrieb am 16.10.2023 in *The Pioneer Briefing*: »Deutschland wird in den kommenden Jahren etwas tun müssen, was es in seiner 78-jährigen Nachkriegsgeschichte noch nie getan hat: die Landesverteidigung ins Zentrum der Politik rücken. Es wird zu einer Militarisierung des Denkens und Handelns kommen. Diese Koordinatenverschiebung ist schon deshalb alternativlos, weil sie getrieben wird von einer veränderten Prioritätensetzung in Washington. Beide US-Parteien haben deutlich gemacht, daß sie das sicherheitspolitische Adoptivkind Deutschland nicht länger bemuttern wollen.« Wir sind mit dabei, die Pax Americana weltweit durchzusetzen. Wir waren in Afghanistan dabei, wir sind im Kosovo dabei, wir sind in der Ukraine dabei. Wir sind überall dabei, wenn die USA rufen.

Die Jahre 1923 und 2023 sind vergleichbar und unvergleichbar. 1923 war es eine Zeit nach dem Großen Krieg, 2023 ist wahrscheinlich eine *vor* großen Kriegen. Wir erleben gerade das Phänomen, daß aus kleinen Kriegen große Kriege werden. Das gilt für den Krieg des Westens gegen Russland, der sich gerade in der Ukraine abspielt. Das gilt aber auch für den Krieg im israelischen Bereich, der ein immenses Eskalationspotential hat: der Westen gegen die muslimische Welt. Das Phänomen der Verachtung der Republik war im Deutschland des Jahres 1923 fast absolut und beginnt im Jahr 2023 erneut stark zu wachsen, wobei die EU-Administration und die BRD-Regierung alles dafür tun, von immer größeren Teilen des deutschen Volkes abgelehnt zu werden. Im Jahr 1923 lag Deutschland wie gesagt völlig am Boden. Die USA dagegen gingen gestärkt aus dem Ersten Weltkrieg hervor, und das arme Deutschland durfte über den Versailler Vertrag die Schulden bezahlen, die Frankreich und Großbritannien für den Krieg bei den USA gemacht hatten. Auch deswegen die harten Bedingungen im Versailler Vertrag. Der Erste Weltkrieg war der große Schritt der USA zur Welthegemonie. Ihre Währung war wie Gold. In einem

deutschen Witzbuch der damaligen Zeit bestellt ein Gast in Deutschland beim Kellner so viel zu essen, wie man für einen Dollar bekäme. Der Gast bekommt ein opulentes Mal serviert und lehnt sich gesättigt zurück. Auf einmal fängt der Kellner von neuem an aufzutischen. Auf die Frage des Gastes, was das solle, antwortet der Kellner, daß der Dollar schon wieder gestiegen sei.

Das Jahr 1923 ist in die Nationalgeschichte als Jahr der Hyperinflation eingegangen. Elias Canetti sprach von der Inflation als einer »tobsüchtigen Bewegung des Geldes«. Das Geld verlor seine drei Funktionen: Recheneinheit, Zahlungsmittel und Wertaufbewahrungsmittel. Ein Dollar war zum 1. Juli 1914 = 4,20 Reichsmark; am 9.11.1923 = 625 Mrd. RM und am 15.11.1923 – dem Tag der Einführung der Rentenmark – 4,2 Billionen RM. Die Bürger verloren alle Ersparnisse, und der Staat, aber auch alle anderen Schuldner entledigten sich aller Schulden. Die deutschen Kriegsschulden im Binnenland von 154 Mrd. Reichsmark beliefen sich am 15. November 1923 auf nunmehr nur noch 15,4 Pfennige der neuen Rentenmark. Die Masse verlor, und eine Minderheit gewann. Im chauvinistischen Taumel ab 1914 zeichnete man Kriegsanzleihe und gab sein Gold ab. Wer Sachwerte, Edelmetalle oder Devisen besaß, rettete sein Vermögen. Die Masse hatte nichts mehr. Auch die Mittelschichten, die Lebensversicherungen und Rentenpapiere gekauft hatten, verloren alles. Sie verloren den Glauben an den Staat in Form der Weimarer Republik. Die Verhältnisse wurden für die Deutschen immer unerträglicher. Nach dem Einmarsch französischer und belgischer Truppen ins Ruhrgebiet ab dem 6. Januar 1923 finanzierte die Reichsregierung sowohl die Streikenden als auch die Unternehmer mit Hilfe der Druckerpresse. Die Regierung Cuno hatte am 13. Januar 1923 zum passiven Widerstand aufgerufen. Am 11. August 1923 kam es zum Generalstreik. Der Notstand nach Artikel 48 der Reichsverfassung wurde ausgerufen. Am 26. September 1923 wurde der passive Widerstand vom neuen Reichskanzler Stresemann für beendet erklärt. Das Elend nahm erst richtig Fahrt auf.

Das Jahr 2023 wird wie das Jahr 1923 als *tolles* Jahr in die Geschichte eingehen. Vieles wird sich auch noch in die Jahre 2024 und 2025 hinziehen. Wir befinden uns 2023 mitten in einer Kriegszeit und wissen nicht, welche Eskalationen noch auf uns warten. Russland kündigte gerade das Abkommen zum Stop der Kernwaffenversuche, den es mit den USA geschlossen hatte und den die USA nie ratifiziert hatten. Eines steht fest: Mit ihrer Nibelungentreue gegenüber den USA haben die Deutschen es auf Jahre hinaus mit Russland verscherzt. Das strahlt auch in die Welt hinaus. Deutschland macht sich jeden Tag lächerlich. Der Aufstieg der AfD selbst in Westdeutschland ist ein Fanal. Den Bürgern beginnt die dumme Politik zu reichen. Die Erklärung Deutschland zum Einwanderungsland um die Jahrtausendwende und die Umsetzung des in dieser Hinsicht wahnsinnigen Koalitionsvertrages zeigen jetzt ihre Wirkungen. Wir sollten uns erinnern: Eine Mehrheit der Abgeordneten im Bundestag stellte sich 2018 hinter den »Globalen Pakt für eine sichere, geordnete und reguläre Migration«(GCM). Der Pakt sei ein Beitrag zu Ordnung, Steuerung und Begrenzung von Migration sowie zum Schutz der Rechte von Migranten, hieß es in einem Antrag der Koalitionsfraktionen von CDU/CSU und

SPD (19/6056), über den auf Wunsch der AfD-Fraktion am 29. November 2018 namentlich abgestimmt wurde: 372 Abgeordnete votierten dafür, 153 stimmten dagegen, es gab 141 Enthaltungen. Seither werden Migranten aus aller Welt regulär zur Ansiedlung in Deutschland eingeflogen. Dazu kommen die Massen, die durch die Kriege des Westens nach Westeuropa strömen und hier schon starke Parallelgesellschaften bilden. Wir sollten immer bedenken, daß die Muslime nicht den Nationalstaat anerkennen, sondern die Gemeinschaft der Gläubigen, die Umma, weshalb ihre Integration in die christlich geprägte Zivilisation und Kultur so schwer funktioniert. Durch den Krieg zwischen Israel und der Hamas erleben wir eine ungeheuerere Radikalisierung auch in Deutschland, und Deutschland kann zum sekundären Kriegsschauplatz werden. Angela Merkel meinte 2010 auf dem Deutschlandtag der Jungen Union: »Der Ansatz für Multikulti ist gescheitert, absolut gescheitert!« Daraus wurden keine Lehren gezogen. Man macht aber blind und verbohrt weiter.

Zugleich sind die Deutschen in einer Hochinflation, von der wir derzeit nicht sagen können, wie sie weitergehen wird. Ein Industriestaat, der seine energetische Basis für seine Industrie und seinen Zivilisation bewußt zerstört, scheint irrsinnig geworden zu sein. Wir sind 2023 in einem Krisen-, Kriegs- und Inflationsjahr. Seit 1989 ist der angelsächsische Neoliberalismus Staatsdoktrin in der Wirtschaftspolitik und hat seinen ersten großen Auftritt in der Arbeit der Treuhand gehabt. Zugleich mit dieser Wende zurück zum Kapitalismus wurden auch die ganzen Unarten der linksbürgerlichen Bewegungen und der Bohème sowie des Anarchismus in der deutschen Geschichte schrittweise als Herrschaftsmittel ausgebaut. Die »Frankfurter Schule« war nach dem Marsch durch die Institutionen in der Politik angekommen. Kosmopolitischer Neoliberalismus formierte die Wirtschaftspolitik, und der kosmopolitische Linkliberalismus ist in Form der Politischen Korrektheit, der sprachlichen Verbotsorgien der Geschlechtergerechtigkeit und der gesellschaftsspalten- den Identitätspolitik die anerkannte Herrschaftsideologie. *Wir haben einen neuen Totalitarismus*, der sich als Legierung von Freiheit, Demokratie, Menschenrechten und Klimagerechtigkeit feiert.

Und nun kommt ein kleiner Vergleich der Jahre 1923 und dieses Jahres 2023: Wir haben heute zwar keine Ruhrbesetzung durch französische und belgische Truppen wie ab dem 6. Januar 1923, aber wir sind weiter ein von den USA besetztes Land, und große Teile des Eigentums der Deutschen befinden sich in der Hand angelsächsischer Finanzgesellschaften. Zugleich haben uns diejenigen, die die in der Ostsee liegenden Erdgaspipelines sprengten, nicht nur den Wirtschaftskrieg, sondern den Krieg erklärt. Und wir Wichte wollen nicht wissen, wer es war! Die Ruhrbesetzung ist als spektakuläres Ereignis in die Geschichte eingegangen, an die faktische Fortgeltung des Besatzungsstatuts für die BRD haben wir uns einfach gewöhnt. Frau Baerbock kann einfach so behaupten, daß wir uns im Krieg mit Russland befinden. Munitionstransporte laufen über die A4, und wir räumen auch unsere Arsenale für den Krieg in der Ukraine. »Von Deutschland soll nie wieder Krieg ausgehen, nur noch Frieden« hieß eine anerkannte Losung. Vergessen! Wir gehen 2023 in eine häßlich historische Lernphase. Leider. ■ Frank Enberg

Kurzmeldungen

AUF1 im Fernsehen. Das im oberösterreichischen Linz ansässige heimatverbundene Medien-Unternehmen AUF1 (alternatives und unabhängiges Fernsehen) hat es nun endlich geschafft. Seit Anfang September ist der im Jahre 2021 gegründete Sender nicht nur übers Internet (<http://www.auf1.tv>) zu empfangen, sondern auch via Fernsehen. Dort findet man AUF1 auf dem Satelliten Astra, wenn man das Kürzel SRGT eingibt. Dies steht für Schwarz-Rot-Gold-TV. Die Informationsseiten von AUF1, die Texte zum aktuellen Geschehen bereitstellen, gibt es unter: <http://www.auf1.info> – je nach Gerät muß man beim Fernseher bzw. mit der Fernbedienung folgende Empfangsdaten eingeben: Kanal »SRGT« – Satellit: Astra 19,2° Ost – Frequenz: 10920.75 MHz – Art: DVB-S – Symbolrate: 22.000 – Polarisation: Horizontal (H) – Transponder: 133 – FEC: 7/8 (Quelle: AUF1)

Kein Geld für AfD-Stiftung. Bislang ist die Desiderius-Erasmus-Stiftung die einzige Stiftung, die einer Bundestagspartei nahesteht und keine staatliche Förderung erhält. Dagegen klagte die AfD bereits. Jährlich genehmigen sich die Altparteien samt der Partei »Die Linke« gut 700 Millionen Euro für ihre Stiftungen. Die üppigen Gelder müssen dabei für politische Bildung, Forschung, Stipendien und Auslandsprojekte verwendet werden. Diese Stiftungen dienen aber auch dazu, Versorgungsposten für Politiker und ehemalige Parteiangestellte zu schaffen. Nun brachte die Ampel-Regierung einen Gesetzesentwurf ein, wonach »verfassungsfeindliche Stiftungen« in Zukunft von jeder Art der Finanzierung durch den Staat ausgeschlossen werden sollen. Dabei soll es schon genügen, wenn die nahestehende Partei vom Verfassungsschutz als »Verdachtsfall« eingestuft wird, was zeigt, daß eine typische Lex AfD gegeben ist. (Quelle: AfD)

Vorkaufsrecht besteht. Im jahrelangen Rechtsstreit zwischen der südthüringischen Gemeinde Kloster Veßra und dem rechten Kommunalpolitiker Tommy Frenck, der mit seiner Liste »Bündnis Zukunft Hildburghausen« (BZH) im Kreistag des Landkreises Hildburghausen vertreten ist, fällten Mitte Oktober die Richter am Thüringer Oberverwaltungsgericht in Weimar ein abschließendes Urteil.



Danach bestätigten die Juristen das Vorkaufsrecht der Gemeinde auf den Erwerb des Fachwerkhauses, das Frenck 2014 erworben hatte und als Gasthaus »Goldener Löwe« führt. Sie begründeten ihre Entscheidung vor allem mit der historischen Bedeutung des Gebäudes, das ein Denkmal sei, so daß ein öffentliches Interesse am Kauf bestehe. Frenck kann dagegen keine Rechtsmittel mehr

Das Fachwerkhaus »Goldener Löwe« in Kloster Veßra; es soll nun als Teil des Museums genutzt werden.

einlegen. Das Gebäude soll dann als Teil des Museums Kloster Veßra genutzt werden. Vorher müssen aber erst der bestehende Pacht- und Nutzungsvertrag gekündigt und Frenck die Auslagen ersetzt werden, die er in die Renovierung des Hauses gesteckt hat. (Quelle: *mdr.de*)

Antifa vor Gericht. Was in Deutschland nur schleppend und nachlässig geschieht, wird in Ungarn konsequent und mit Hochdruck verfolgt. Gemeint ist der Kampf gegen Gewalttäter, insbesondere gegen die brutal handelnde Antifa. Nun hat die ungarische Polizei ihre Ermittlungen gegen drei Verdächtige abgeschlossen, die im Februar vermeintliche Rechte brutal überfallen hatten. Zu den Inhaftierten gehören auch deutsche Staatsbürger mit Verbindung zur berüchtigten Hammerbande. Damals wurden neun Personen angegriffen und verletzt, vier von ihnen schwer. Bei den Opfern handelte es sich sowohl um Ungarn als auch um Ausländer. Die Angriffe wurden an drei Tagen verübt. An einem Tag führte die Antifa-Bande in Gruppen von bis zu zehn Personen mehrere Attacken durch, darunter in einem Außenbezirk Budapests, bei denen das arglose Opfer vor den Augen von Passanten von hinten niedergeschlagen, getreten und derart mit einem Totschläger malträtiert wurde, daß mehrere Antifa-Kriminelle ihm Arme und Beine blockierten, um jegliche Gegenwehr zu verhindern. Die Täter schweigen zur Tat, wobei Ungarn bis heute keinerlei Amtshilfe aus Deutschland erhalten hat. (Quelle: *Budapester Zeitung*)

Razzia gegen Reichsbürger. Während der Kampf des Staates gegen kriminelle Clans und die Organisierte Kriminalität (OK) auf Sparflamme geführt wird, bläst SPD-Innenministerin Nancy Faeser den Reichsbürger-Popanz zum totalen Monster auf. Anstatt die echten Gefahren für die Sicherheit Deutschlands effektiv zu bekämpfen, schickte sie ein Großaufgebot an Polizeibeamten gegen sogenannte Reichsbürger los. Bei dem Einsatz wurden einige Personen festgenommen. Faesers Aktion geschah mediengerecht kurz vor der Hessen-Wahl. Den Verdächtigen wird vorgeworfen, »an der Verwaltung einer geschlossenen Chatgruppe beteiligt« gewesen zu sein. Eine Person soll »in Chatgruppen zur Teilnahme an Zusammenkünften der Vereinigung« aufgerufen haben. Insgesamt richtete sich die Aktion der Polizei gegen die »Vereinten Patrioten« und war damit ein Einsatz im »Kampf gegen Rechts«. Angeblich plante die Gruppe die Entführung von Gesundheitsminister Karl Lauterbach, wobei ein Festgenommener hierzu Schußwaffen in Kroatien habe besorgen wollen. (Quelle: *faz.net*)

Achtungserfolg für »Heimat«. Bei der Landratswahl im hessischen Wetteraukreis erzielte die NPD-Nachfolgepartei »Heimat« einen Achtungserfolg. Ihr Kandidat, der Büdinger Stadtrat Daniel Lachmann, kam auf 6,6 Prozent der Stimmen. Der Wetteraukreis gilt seit Jahrzehnten als alte nationale Hochburg. So lag zu Zeiten des legendären NPD-Kommunalpolitikers Volker Sachs die nationalistische Partei in der Bergbaustadt Wölfersheim ab 1989 sogar an zweiter Stelle im dortigen Gemeinderat und erzielte 1997 mit 22,7 Prozent ihr Spitzenergebnis. Auch Ehrenhausen war eine NPD-Hochburg, und zwar dank des Einsatzes des

Ehepaars Zutt. Bei den vorletzten hessischen Kommunalwahlen im Jahre 2016 hatte die NPD in der Stadt Büdingen mit 10,2 Prozent (vier Stadtratssitze) einen Überraschungserfolg geschafft. Damals war die AfD dort nicht angetreten – auch im Wetteraukreis hatte die AfD zur Landratswahl Anfang Oktober keinen eigenen Kandidaten aufgestellt. Bei den hessischen Kommunalwahlen 2021 erzielte die NPD nur noch 3,3 Prozent (ein Stadtratssitz) in Büdingen, während die erstmals kandidierende AfD 7,1 Prozent (zwei Stadtratssitze) erhielt. (Quelle: *tagesschau.de*)

Herbert Fritz in Haft. Der Wiener Publizist Dr. Herbert Fritz (84) befindet sich seit mehreren Monaten in Afghanistan in Haft. Ihm wird Spionage für die Oppositionskräfte, die Nordallianz, vorgeworfen. Der ehemalige Herausgeber des Periodikums *Der Völkerfreund* war auf einer privaten Reise nahe Kabul von Sicherheitskräften der Taliban festgenommen worden. Auch wenn es zwischen Österreich und Afghanistan seit der Machtübernahme der Taliban keine diplomatischen Beziehungen gibt, hält sich das Auswärtige Amt auffallend zurück und gibt nicht zu erkennen, daß es an einer schnellen Rückführung von Dr. Fritz interessiert ist. Während ihres privaten Besuchs in Afghanistan im September sprachen die ehemaligen Mandatäre Andreas Mölzer (Ex-EU-Abgeordneter) und Johannes Hübner (Ex-Nationalrats- und Ex-Bundesratsabgeordneter) bei einem Zusammentreffen mit dem Außenminister des Taliban-Regimes die Causa Fritz an. Ergebnisse sind noch nicht sichtbar. (Quelle: *Zur Zeit*)

Trans-Film in ARD. Anfang Oktober lief in der ARD zur besten Sendezeit ein Film mit dem Titel »Einfach Nina«. Darin wurde die Geschichte eines gerade einmal erst achtjährigen Jungen beschrieben, der unbedingt ein Mädchen sein wollte. Damit infizierte der vom Steuerzahler alimentierte Staatssender die deutschen Wohnzimmer mit seiner perversen Transpropaganda. Der unabhängige Publizist Daniel Matissek kommentierte den Film wie folgt: »Was hier geboten wurde, ist Trans-Propaganda vom Feinsten zur Prime-Time, inklusive perfider ›Heranführung‹ an die angebliche Normalität der Geschlechtsumwandlung von Jugendlichen. Hier zeigte sich einmal mehr, was dabei herauskommt, wenn durchweg degenerierte Reißbrett-Ideologen und zeitgeisthörige, endverstrahlte Programmierer ihre endverbuntete Weltanschauung in Drehbücher gießen.« Damit entlarvte sich die angeblich staatsferne ARD abermals als fünfte Kolonne der Ampel-Regierung und deren absurde LGBTQ-Propaganda. (Quelle: *auf1.tv*)

Selbstbestimmungsgesetz. Ende August 2023 beschloß die Bundesregierung als Erfüllungsgehilfe der LGBTQ-Lobby den Entwurf für das Gesetz über die Selbstbestimmung in bezug auf den Geschlechtseintrag (sog. Selbstbestimmungsgesetz). Damit soll das aus dem Jahre 1980 geltende Transsexuellengesetz abgelöst werden. Danach kann ab 2024 jede Person seinen Geschlechtseintrag und Vornamen selbst festlegen und ändern. Zuständig hierfür ist das Standesamt. Das Geschlecht soll man jedes Jahr wechseln können. Bei Minderjährigen ist es so, daß bis 14 Jahren der Geschlechtseintrag bzw. dessen Änderung von den Sorge-

Die AfD sprach sich vehement gegen das Selbstbestimmungsgesetz aus: Eltern dürfen nicht entmachtet werden!

berechtigten abgegeben werden muß, ab 14 Jahren bedarf es nur noch deren Zustimmung. Eine Zustimmungsverweigerung kann sogar zum Entzug des Sorgerechts führen, weil dann die Vermutung besteht, daß sie mit ihrer Haltung das Kindeswohl gefährden. (Quelle: *tagesschau.de*)

Stasi 2.0 in der BRD. Die Ampel-Regierung, Länder- und Stadtregierungen finanzieren 33 Jahre nach Ende der DDR Denunziations-

portale, genannt Meldestellen. So gibt es etwa die »Meldestelle Antifeminismus« der Antonio-Amadeu-Stiftung. Dort können »sexistisch und frauenfeindlich motivierte Übergriffe« angezeigt werden. Gefördert wird dies vom grünen Familienministerium. Besagte Stiftung wurde übrigens mehr als 20 Jahre von einer ehemaligen Inoffiziellen Mitarbeiterin (IM) der Stasi geleitet, nämlich von Aneta Kahane. Doch die Mehrheit der neuen Meldestellen richtet sich gegen Rassismus, Antisemitismus oder sogenannte »Queer-Feindlichkeit«. Mit letzterem sind Kritiker der LGBTQ-Sekte gemeint. Natürlich kann die Denunziation anonym erfolgen, was zeigt, wie unseriös die ganze Angelegenheit ist. So ist es möglich, in Hamburg mit Hilfe des Dienstes »memo« »antisemitische, rassistische und rechte Gewaltvorfälle« zu melden. Während des Corona-Regiments hatte die Stadt Essen ein Internetformular angeboten, um Verstöße gegen die Corona-Zwangsmaßnahmen zu ahnden. Um im mittlerweile CDU-regierten Bundesland Berlin fördert der schwarz-rote Senat mit 830.000 Euro Steuergeld ein Projekt namens »Berliner Register«. Dieses ruft dazu auf, politisch inkorrektes Verhalten und rechte Aktivitäten zu melden. Die Stasi läßt grüßen! (Quelle: *Unabhängige Nachrichten*)

Leipziger Schule verpflichtet Kinder zur Klima-Demo. In Leipzig muß eine Klasse geschlossen zur Klima-Demo von »Fridays for Future« antreten. Die Teilnahme wird zum Projekttag erklärt und ist damit verpflichtend. Doch die Aktion verstößt gegen das gesetzlich vorgeschriebene Neutralitätsgebot der Schulen. Aus Sicht des Kultusministeriums hat die Schule (Gerda-Taro-Schule) klar eine Grenze überschritten. Rainer Zitelmann meint: »Heute muß man die Schule schwänzen, um NICHT zu einer linken FFF-Demo gehen zu müssen.« (Quelle: *jungefreiheit.de*, 18.9.2023)

Imam bei Einschulung. Wie »fortschrittlich« und bunt das Ruhrgebiet bereits ist, zeigte die Einschulungsfeier von Fünftklässlern in der Dortmunder Gesamtschule Scharnhorst (sic!). Dort sang ein Imam den Segen Allahs für die Schüler. Auf einer Internetfeier wurde der Singsang als »interreligiöser Einschulungsgottes-



dienst« hymnisch gefeiert. Verantwortlich für diese neue Form der Ökumene waren der Imam aus Altena namens Mehmet Bas, der als Deutscher gefeiert wird und in einer der türkischen Religionsbehörde unterstellten DITIB-Gemeinde arbeitet, und der Pfarrer der Evangelischen Friedensgemeinde Schalom, Rainer Engbert. Damit vollzieht sich die Islamisierung Deutschlands sogar mit dem Segen eines christlichen Predigers! (Quelle: *journalistenwatch.com*)

Moschee statt Kirche. Auch in Österreich schreitet die Islamisierung weiter ungebremst voran. Besonders deutlich macht sich dies vor allem in den jungen Altersgruppen bemerkbar. So sorgt eine Polytechnische Schule in Bludenz in Vorarlberg derzeit für große Empörung, da dort selbst katholische Schüler einem Abschlußgottesdienst in einer lokalen Moschee beiwohnen müssen. Zahlreiche Eltern, die kein Verständnis dafür haben, warum ihre Kinder mit katholischem Glaubensbekenntnis in einer Moschee beten sollen, gingen auf die Barrikaden. Vorarlberg ist nach Wien das Bundesland mit dem höchsten Anteil der muslimischen Bevölkerung in Österreich. (Quelle: *heimat-kurier.at*, 7.7.2023)

Bevölkerungsaustausch in Österreich voll im Gange. In Wien haben 53 Prozent der Schüler eine andere Umgangssprache als Deutsch angegeben, an Volksschulen sind es 59 und an Mittelschulen 78 Prozent. In einigen Wiener Bezirken sind die Werte noch deutlich höher und liegen in einzelnen Bezirken in den Volksschulen bei mehr als drei Vierteln und in den Mittelschulen gar über 90 Prozent! Demnach ist der Bevölkerungsaustausch an den Wiener Volks- und Mittelschulen bereits rasant vorangeschritten, was sich verheerend auf das Bildungssystem auswirkt. Die FPÖ fordert daher eine Deutschpflicht außerhalb des Fremdsprachenunterrichts an den Wiener Schulen. Forderungen nach einer dringend gewordenen Remigration würden laut *heimatkurier.at* (12.10.2023) immer lauter. Auch an vielen Schulen in der BRD sind Deutsche jetzt schon in der Minderheit, beispielsweise im sächsischen Chemnitz. Durch eine Ratsanfrage der Fraktion PRO CHEMNITZ / Freie Sachsen wurde nun bekannt, wie viele Schüler an den Chemnitzer Schulen einen Migrationshintergrund haben. In mehr als zehn Schulen sind deutsche Kinder bereits in der Minderheit. An der Grundschule Südlicher Sonnenberg sind es sogar 80,9 Prozent Migranten.

Familienvater weist auf »Großen Austausch« hin und wird verurteilt. Im elsässischen Illzach wurde ein 41-jähriger LKW-Fahrer zu zwei Monaten Haft auf Bewährung verurteilt, weil er ein Video im Internet veröffentlicht hatte, in dem er seine Frustration über den geringen Anteil weißer Kinder an der Schule seines Sohnes zum Ausdruck brachte. Die Anklage lautet auf »Aufstachelung zu Hass oder Gewalt aufgrund von Herkunft, Ethnie, Nation, Rasse oder Religion«. (Quelle: *freilich-magazin.com*, 16.7.2023)

Özdemir-Tochter mit Angst. Die 17jährige Tochter des grünen Landwirtschaftsministers Cem Özdemir meidet den Görlitzer Park in Berlin-Kreuzberg, wie der Herr Papa freimütig offenbarte. Dort blüht der Drogenhandel, aber auch andere Delikte wie Körperverletzung, Raub und sexuelle Nötigung sind an der Tages-

ordnung – und unter den Augen der hilflos agierenden Staatsmacht! Im grünen Dummsprech in Form der Bezirksbürgermeisterin Monika Herrmann lautet dies so, wie sie vor laufender Kamera in der Sendung *Kontraste* sagte: Es sei ein Anliegen der Anwohner und engagierten Nachbarschaft gewesen, die »Dealer« nicht des Parks zu verweisen, denn »keine Gruppe soll ausgeschlossen werden«. (Quelle: *Unabhängige Nachrichten*)

Grüne erklären Frauenbeschneidung zum Asylgrund. Genitalverstümmelung von Frauen soll als Asylgrund gelten, findet die Sozial- und Gleichstellungsministerin Aminata Touré (Grüne) in Schleswig-Holstein. Damit könnten weltweit mehr als 200 Millionen Frauen Asyl in Deutschland verlangen. (Quelle: *jungefreiheit.de*, 22.7.23)

Migrantische »Kinderarmut«. Wenn Politiker und Medien von »Kinderarmut« sprechen, meinen sie nicht die Geburtenarmut in der BRD, sondern Kinder, die bedürftig sind. Sage und schreibe 48,5 Prozent aller ausländischen Kinder bezogen mit Stand Ende 2022 Leistungen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (SGB II – Hartz IV bzw. Bürgergeld). Unter deutschen Kindern hingegen betrug der Prozentsatz lediglich 7,7! Laut Statistik hat sich damit der Anteil ausländischer Kinder, die Gelder nach dem SGB II beziehen, seit 2010 nahezu verdreifacht, nämlich von etwa 304.000 auf circa 880.000. Im Gegensatz dazu war bei den deutschen Kindern der Trend rückläufig. (Quelle: Familienministerium)

436 Mio. Euro »Asylgeld«. In der BRD beziehen gegenwärtig 587.006 Asylbewerber monatlich 436 Millionen Euro »Bürgergeld«. Dies geht aus Unterlagen der Bundesagentur für Arbeit hervor. Ein Sprecher dieser Behörde erklärte, diese Menschen könnten »sofort eine Beschäftigung aufnehmen«, das Problem aber sei, daß 87 Prozent dieser »Fachkräfte« überhaupt keinen Berufsabschluß haben. Diese Personen stammen vor allem aus Afghanistan, Eritrea, Nigeria, Pakistan, Syrien sowie dem Irak und Iran. (Quelle: Bundesagentur für Arbeit)

Staatlich gelenkte Filme. In dem Staat, wo wir laut Angela Merkel »gut und gerne leben«, ist mittlerweile auch die Kunst und damit die Filmbranche nicht mehr frei. Denn seit geraumer Zeit hängt die staatlich Filmförderung davon ab, wie Inhalt und handelnde Personen aussehen. So fließen etwa nur Gelder, wenn ethnische oder sexuelle Minderheiten eine Rolle spielen. Diese Hürde nimmt etwa die beliebte bayerische Krimi-Klamotte *Hubert und Staller* bzw. *Hubert ohne Staller*, indem man den altbayerischen, südländisch aussehenden Schauspieler Hannes Ringlstetter den Türken Yazid spielen läßt. Die grüne Kulturstaatssekretärin Claudia Roth, die selbst eine Sozialversagerin ist und als Studienabbrecherin an einigen Theatern herumtingelte, rief nun die Kulturschaffenden in bezug auf den angeblich »menschengemachten Klimawandel« zur »ästhetischen Auseinandersetzung mit der Klimakrise« sowie zur »Sensibilisierung des Publikums« auf. So wurden schon Gender- und Diversity-Vorgaben in der Filmförderung angekündigt. Hierbei handelt es sich um eine »freiwillige« Vorzensur, in-

dem den Filmemachern signalisiert wird, daß sie bestimmte – politisch korrekte – Inhalte zu transportieren haben, wenn sie staatliche Förderung bekommen wollen. Eines freiheitlich-demokratischen Staates ist solch ein autoritäres Gebaren unwürdig! (Quelle: Bundestagsrede von Dr. Marc Jongen, AfD)

Steuerverschwendung im großen Stil. Wie jedes Jahr veröffentlichte der Bund der Steuerzahler Mitte Oktober das Schwarzbuch der Steuerverschwendungen, in dem der Verein Fälle von aus seiner Sicht unnützen oder überzogenen staatlichen Ausgaben angeprangert. Angeprangert wird beispielsweise eine starke Zunahme der Ausgaben für Fotografen, Friseure und Visagisten. Diese summierten sich demnach im ersten vollen Regierungsjahr der Ampelregierung 2022 auf 1,5 Millionen Euro – 80 Prozent mehr als im Vorjahr. In den ersten sechs Monaten des aktuellen Jahres seien zudem bereits rund 452.000 Euro geflossen, »um Spitzenpolitiker ins rechte Licht zu rücken«. Im Bundesetat sind in diesem Jahr insgesamt 23 Millionen Euro für Bewirtung und Ähnliches vorgesehen. Fast doppelt so viel wie im Vor-Corona-Jahr 2019. Das Auswärtige Amt trägt hier mit über 15 Millionen Euro besonders dick auf, was das Bund der Steuerzahler moniert. Das von Annalena Baerbock geleitete Ministerium veranschlagt für sich 15,7 Millionen Euro – für »Kosten der dienstlichen Kontaktpflege und repräsentativen Verpflichtungen der Beschäftigten an den Auslandsvertretungen«, heiße es aus dem Ministerium. Vor vier Jahren waren es noch 4,7 Millionen Euro. An welchen Auslandsvertretungen genau und wofür die Budgets konkret verwendet werden, wolle das Auswärtige Amt nicht preisgeben. Währenddessen sind die Tafeln für Arme überfordert. Damit die Flüchtlinge und die Behörden alles verstehen hat Hessens Landesregierung rund 70,8 Mio. Euro an Dolmetscher in Erstaufnahme-Einrichtungen gezahlt! Die Zahl der Aufträge, für die das viele Geld draufging, ist unfassbar niedrig: 153. Das heißt: Im Schnitt zahlte die Politik mehr als 463.000 Euro pro Dolmetscher-Auftrag! (Quelle: *m.bild.de*, 31.8.2023)

Warum die Milliarden nicht ankommen. Nach der schrecklichen Flut im Ahr-tal, bei der unter anderem 9000 Häuser zerstört worden waren, waren 15 Milliarden für den Wiederaufbau bereitgestellt worden. Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) hatte »schnelle und paßgenaue Hilfen« versprochen. Tatsache ist: Von den 15 Milliarden Wiederaufbau-Hilfe des Bundes sind laut Staatskanzlei erst rund fünf Prozent ausgezahlt worden, Stand Mitte Juli 2023, also zwei Jahre nach der Todes-Flut, obwohl 90 Prozent der eingegangenen 22.600 Anträge bewilligt seien! Viele Menschen leben von dem, was ihnen gespendet wurde. (Quelle: *m.bild.de*, 16.7.2023) Die *Bild* legt sich fest: »Bürokratie und Abzocke im Ahr-tal!«



Es war Stalins Krieg

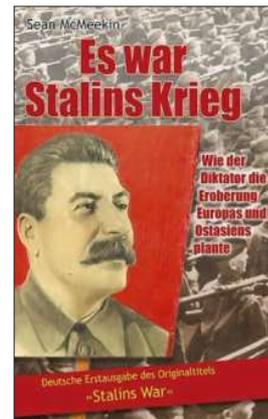
In *Es war Stalins Krieg* liefert Sean McMeekin eine tiefeschürfende Untersuchung über Josef Stalins Rolle im Zweiten Weltkrieg, basierend auf gründlichem Studium der Originalquellen, einem Markenzeichen seiner Arbeiten. Dies erinnert an Christopher Clarks *Die Schlafwandler* (2012), das bei seiner Veröffentlichung eine Neubewertung der Vorgeschichte des Ersten Weltkriegs einleitete, die bis heute nachwirkt. In diesem Sinne sollte *Stalins Krieg* eine Revision der gängigen Narrative selbst in der deutschen Geschichtsschreibung zum Zweiten Weltkrieg bewirken, die aber bisher nicht festzustellen ist. Die quellenbasierte Arbeit, für die McMeekin bekannt ist, zeigt sich erneut in diesem Werk. Er setzt damit die Tradition seines akademischen Lehrers Norman Stone (gest. 2019) fort, indem er sich nicht von vermeintlich bewährten Narrativen leiten läßt, sondern in den Quellen nach dem Substrat des Geschehenen schürft.

Ein zentrales Anliegen des Buches ist es, sich von einer besessenen Sicht auf Adolf Hitler zu lösen. Während die Welt »zwanghaft« (S. X) auf Deutschlands Rolle fixiert ist, sollte sie nicht vergessen, daß Stalins Wirken in Zeit und Raum weit über die kurze Wirkungsspanne Hitlers hinausging, denn sie umspannte die Jahre von 1929 bis 1953 und erstreckte sich schließlich von der Elbe bis zum Amur. In dieser Zeit erweiterte Stalin das Territorium der Sowjetunion und den Macht- und Wirkungsbereich des Kommunismus erheblich.

McMeekin beschreibt die Grundkonstellation zu Beginn des Zweiten Weltkriegs, als die Westmächte ein Bündnis mit der Sowjetunion anstrebten. Er erläutert, daß Stalin Polen nicht den Krieg erklärte und in einem zweiten Abkommen mit Hitler sogar auf Warschau verzichtete. Stalins Ziel war es stets, die Konflikte zwischen den kapitalistischen Staaten zu verstärken und sie in einen »zweiten imperialistischen Weltkrieg« zu stürzen (S. 199). Dieser strategische Schachzug zielte darauf ab, die Klassenfeinde gegeneinander auszuspielen.

Ein weiterer zentraler Punkt ist das »Lend-Lease«-Abkommen zwischen den USA und der Sowjetunion. McMeekin betont dessen entscheidende Rolle für die Kriegführung der Sowjetunion. Er hebt auch den massiven Technologietransfer zwischen den USA und der Sowjetunion hervor, der es der Sowjetunion überhaupt erst ermöglichte, im Kalten Krieg in den Rüstungswettlauf mit den USA einzutreten (vgl. S. 369 ff.).

Zusammenfassend bietet *Es war Stalins Krieg* eine rigorose, quellenbasierte Neubewertung von Stalins Rolle im Zweiten Weltkrieg und darüber hinaus. Es ist ein essenzielles Werk für jeden Geschichtsinteressierten und steht in der Tradition großartig-literarischer, angelsächsisch geprägter Geschichtsschreibung. ■



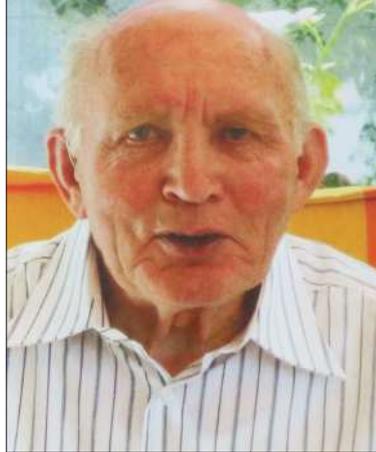
Sean McMeekin: *Es war Stalins Krieg. Wie der Diktator die Eroberung Europas und Ostasiens plante*. Druffel & Vowinkel-Verlag, Gilching 2023, 728 Seiten, gebunden, € 49.80. Original in Englisch: *Stalins War*. Basic Books 2021.

Ein großer Verfechter für Wahrheit, Recht und Freiheit

»Ein außergewöhnlicher Mensch ist uns vorausgegangen«. Mit diesen Worten meldete Gisela Kosiek den Tod ihres Mannes Rolf am 16. August 2023 – nach langer Krankheit. Von verschiedener Seite wurde ich gebeten, den folgenden Nachruf zu schreiben, hatte ich ab 1988 nahezu täglich mit ihm zu *tun*. Wie sollte aber dieser Nachruf überschrieben werden? Eine 2014 anlässlich seines 80. Geburtstags erschienene Festschrift trug nicht von ungefähr den Titel *Eine Feder für Deutschland*. Für die meisten wird Rolf Kosiek vor allem wegen seines außergewöhnlichen schriftstellerischen Schaffens in Erinnerung bleiben. Leider ist es aus Platzgründen hier nicht möglich, alle seine Schriften aufzuzählen und zu würdigen. Manche haben es bereits getan; andere werden es auch tun. Dennoch seien vor allem vier hervorgehoben: *Marxismus, ein Aberglaube* (1972), *Historikerstreit und Geschichtsrevision* (1987), die in vielen Auflagen erschienene *Machtübernahme der 68er* (2009) und natürlich die Herausgabe des fünfbandigen *Großen Wendig* ab 2006 bis 2014, in dem er einen Großteil der dort angeprangerten systematischen Fälschungen und Manipulierungen selber verfaßte. Als Lektor betreute er während unserer Zusammenarbeit in den Tübinger Verlagen Grabert und Hohenrain über 300 Bücher: großformatige Kunstbildbände, zahlreiche Werke zur Vor-, Früh- und Zeitgeschichte, nicht minder viele Bücher zu aktuellen politischen Themen, unzählige Ratgeber unterschiedlichen Inhalts und, nicht zu vergessen, die beiden Zeitschriften *Deutschland in Geschichte und Gegenwart* (101 Ausgaben) und *Euro-Kurier* (180 Ausgaben), denen er auch unter Pseudonym unzählige Artikel und Aufsätze beisteuerte. Beeindruckend. Auch in anderen nationalen Periodika wie beispielsweise *Nation Europa*, den *Deutschen Annalen* und der *neuen Anthropologie* war er als Autor vertreten. Die nationale Publizistik des Zeitraums 1970–2010 ist ohne seinen Namen nicht denkbar.

Alle, die ihn persönlich kannten oder ihm etwa bei Tagungen begegnet sind, werden die Erinnerung an einen wunderbaren Menschen behalten. Hierbei sei insbesondere sein Engagement für die Belange der Gesellschaft für freie Publizistik hervorzuheben, deren Vorsitzender er von 1991 bis 2005 war, an seine großartige Betreuung der Jahreskongresse in diesem Zeitraum, an die stets ausgeglichene Redaktion des *Freien Forums* über Jahrzehnte, an die sorgfältige Betreuung der Kongreßbroschüren. Rolf Kosiek wurde 2012 von der GfP völlig zu Recht die »Ulrich-von-Hutten-Medaille« verliehen; hat er doch wie kaum ein anderer die Devise des berühmten Humanisten »Ich habe es gewagt!« in die Tat umgesetzt.

Er vermochte es, katalysierend entscheidend zu einem erfolgreichen Miteinander beizutragen: Innere Ordnung, Sinn für das Wesentliche, überdurchschnittliche Arbeitskraft, jederzeitige Verfügbarkeit, kompromißlose Hinansetzung eigener Interessen zugunsten der ›Sache‹, kurzum eine edle Gesinnung, waren sozusagen die ›Waffen‹, die er stets einsetzte und die, so habe ich es persönlich empfunden, herausfordernd wirkten, wenn man auf der Höhe seiner Standards bleiben wollte. Selbst in den dunkelsten Momenten seines Lebens, etwa 1980, als er, damals in Nürtingen noch als Beamter auf Probe lehrend, nach verschiedenen Verfahren



vor den Verwaltungsgerichten ab 1973 wegen »mangelnder Verfassungstreue« endgültig aus dem Landesdienst Baden-Württemberg entlassen wurde, bewahrte er Haltung und zeigte Größe. Er verzweifelte nicht, trug nicht nach, zeigte sich beherrscht, handelte überlegt.

Der am 23. September 1934 in Herford geborene Rolf Kosiek war ein Ostwestfale durch und durch. Kabarettist Rüdiger Hoffmann bescheinigt den Ostwestfalen einen »wunderbaren Humor«, der »sehr trocken« daherkomme und nicht so viele Worte brauche: (»Wäre Jesus ein Ostwestfale gewesen, würde die Bibel auf eine Din-A4-Seite passen.«) Er gehörte zu den wenigen Intellektuellen, die nicht das Bedürfnis haben, gleich einer Schallplatte ihre Thesen immer wieder aufs Neue aufzuwärmen und sich selbst zu beweihräuchern. Jeder, der mit ihm zu tun hatte, mußte zwangsläufig durch die Hohe Schule der Bescheidenheit gehen. Er verabscheute das unnötige Geschwätz. Ihm ging es einzig um die Menschen, um die Sache, um Deutschland, um die gegenwärtige Notzeit des deutschen Volkes. Selbst nach 2014 – zu einem Zeitpunkt, als der Parkinson-Verlauf bereits fortgeschritten war –, meldete er sich bei mir mindestens einmal pro Woche mit der Frage: »Was liegt an?« Meine Antwort war immer dieselbe: »Es liegt immer etwas an«. Rolf Kosiek war unersetzbar – ein Glück.

Seiner besonders geschätzten Witwe Gisela möchte die Redaktion des *Freien Forums* auch im Namen der Leser ihr herzliches Beileid ausdrücken.

■ Claude Michel

»Die abendländischen Völker befinden sich seit einiger Zeit in einer tiefen geistigen und kulturellen Krise. Über viele Generationen allgemein anerkannte Werteordnungen werden bezweifelt oder gar zerstört, ohne daß das entstehende Vakuum ausgefüllt wird. Verneinung von Geist und Kultur wächst. Die im Rahmen der Umerziehung in die deutsche Gesellschaft getragenen Ideologien geben nach wie vor den Ton an. Aus der »repressiven Toleranz« hat sich durch die inzwischen verbindlich gewordene »Politische Korrektheit« eine weitere Einengung der Meinungsfreiheit ergeben. Besonders für das deutsche Volk ist nach den Ereignissen im letzten Jahrhundert die Besinnung auf echte Werte dringlich.«

ROLF KOSIEK

R.K. berief sich oft auf die Devise seines Vorbilds Kolbenheyer: »Handle so, daß du überzeugt sein kannst, mit deinem Handeln auch dein Bestes und Äußerstes dazu getan zu haben, die Menschenart, aus der du hervorgegangen bist, bestands- und entwicklungsfähig zu erhalten.«

Hinweise und Mitteilungen

Sekretariat der Gesellschaft für freie Publizistik:

Klosterhof 4 / D-34399 Wesertal · Tel.: 05572-7310

e-mail: gesellschaft-fuer-freie-publizistik@gmx.de

www.gfp-netz.de/ www.facebook.com/www.gfp-blog.de/

In vielen Einzelgesprächen mit Kongreßteilnehmern konnte ich feststellen, wie wichtig unser *Freies Forum* ist, das vielfach gelobt wurde. Der alltägliche Wahn ist anscheinend nicht aufzuhalten. Die von grün-roter Seite angefeuerte Politik der gewollten Verknappung wird sich verheerend auswirken, und die klaglose Akzeptanz der Deutschen ist haarsträubend. Aufklärung tut not: Das *Freie Forum* wird sich weiterhin dieser Aufgabe stellen. Jeder Leser kann zusätzliche Exemplare des *Freien Forums* kostenlos beim Sekretariat anfordern und sie in »gute Hände« geben. Auf diesem Weg erhoffen wir uns neue Leser und Mitglieder – und Sie würden erheblich dazu beitragen. Danke im voraus. Herbstzeit ist bekanntlich Lesezeit. Im Rahmen einer Bücherschau auf dem diesjährigen Kongreß habe ich ein paar brisante Schriften präsentiert, die ich den Lesern des *Freien Forums* ans Herz legen möchte:

- Henryk Broder, **Durch irres Germanistan. Notizen aus der Ampelrepublik** (220 S., Pb. € 20.-)
- Thomas Röper, **Das Ukraine-Kartel. Das Doppelspiel um einen Krieg und die Millionen-Geschäfte der Familie des US-Präsidenten Biden** (geb., 320 S. € 23.-)
- Gerhard Vickermann, **Die Ideologie der natürlichen Grenzen. Wie Deutschland immer kleiner wurde** (128 S., Abb. € 10.80)
- Friedrich Krüger, **Das Ende der uns bekannten Welt. Über Trans- & Posthumanismus und Singularität** (192 S., geb., Abb. € 24.90)

Vor allem möchte ich auf eine Neuerscheinung aus meinem Verlag Klosterhaus hinweisen: Wolfgang Sundermeyer, **Wir Überlebenden. Briefe an meine Enkel** (448 S., geb., Abb. € 25.-) Ein besonders wertvolles Buch. Hunderte Zitate aus persönlichen Briefen, Tagebüchern und Biographien namhafter, besonders auch nicht-deutscher Persönlichkeiten wie Historikern, Generälen, Politikern etc. beweisen immer deutlicher ein der Wahrheit näher kommendes Geschichtsbild, erhellend für Alt und Jung!

Margret Nickel

Konto für Beiträge
und Spenden:
Beilagenhinweise:

GESELLSCHAFT FÜR FREIE PUBLIZISTIK
IBAN: DE 08 6129 0120 0393 6120 07
Prospekt der Klosterhaus-Versandbuchhandlung

**DAS
FREIE
FORUM**
Freies Forum / 3-23

Herausgegeben von der Gesellschaft für freie Publizistik e. V., München. Verantwortlich für den Inhalt: Dr. Martin Pfeiffer. Erscheint vierteljährlich. Nichtmitglieder erhalten das Heft für 4 Euro Spende. Mitglieder erhalten es automatisch. Abdruck mit Quellenangabe frei.

Versand: Klosterhaus-Verlag, 34399 Wesertal